

Gronau 13.08.2023

## **Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion des Landtags NRW mit der Drs. 18/4131:**

### **„Jetzt umsteuern und Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule“**

Der vorliegende Antrag reiht sich ein in die Reihe von Anträgen der bisherigen Legislaturperiode, die sich mit dem gravierenden Lehrkräftemangel in fast allen Schulformen beschäftigen. Zu nennen sind beispielhaft die Anträge der FDP-Fraktion „Lehrerstellenbesetzungsoffensive.NRW – Aufklaffende Lehrkräftelücke jetzt vorausschauend und qualitätssichernd schließen!“ (Drs. 18/1102) vom 30.09.2022 und der Antrag der Fraktionen von CDU sowie Bündnis90/Die Grünen „Fachkräfteoffensive für den Bereich Schule“ (Drs. 18/3301) vom 28.02.2023. Ähnliche Anträge wurden bereits in der letzten Legislaturperiode von verschiedenen Fraktionen in die parlamentarische Beratung eingebracht. Keiner der Anträge konnte offensichtlich dem Missstand des Lehrkräftemangels abhelfen. Der Mangel an Lehrkräften hat eher zugenommen und ist mittlerweile so bedrohlich, dass die Schullaufbahn von Schülern nicht mehr gesichert werden kann und die Bildungsminister auch nicht für den Lehrerberuf qualifizierte Personen in den Schuldienst aufnehmen und mit erzieherischen und unterrichtlichen Aufgaben betrauen. Nach Angaben der Kultusministerien der Länder sind in Deutschland Stand Januar 2023 mehr als 12.000 Lehrerstellen unbesetzt<sup>1</sup>. Alleine im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen fehlen mehr als 8.000 Lehrkräfte. Nach Einschätzung des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, liege die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen in Deutschland sogar noch höher, nämlich zwischen 32.000 und 40.000.<sup>2</sup>

Dass dieser gravierende Mangel an Lehrkräften die Bildungsmöglichkeiten für zahlreiche Schülerinnen und Schüler in besorgniserregender Weise einschränken und damit in den nächsten Jahren das Bildungsniveau allgemein noch weiter zu sinken droht, dürfte unstrittig sein. Da hilft auch die kurzfristige Abfederung des Lehrermangels

<sup>1</sup> Abfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) in den 16 Bundesländern

<sup>2</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lehrer-fachkraeftemangel-kultusministerien-bundeslaender-100.html>

durch die Einstellung von Seiteneinsteigern nur wenig. Und was das Absinken des  
25 Bildungsniveaus für ein Hochtechnologieland wie Deutschland bedeutet, ist unter an-  
derem daran festzustellen, dass Betriebe händeringend Fachkräfte suchen, in Deutsch-  
land nicht mehr finden, Aufträge deshalb einfach nicht mehr annehmen und somit das  
mögliche Gewinnpotential nicht ausschöpfen können. Der damit einhergehende  
Wohlstandsverlust ist noch nicht abzuschätzen, dürfte aber deutlich spürbar für jeden  
30 Bürger werden.

Wie in meiner Stellungnahme 18/365 zum Antrag der FDP-Fraktion 18/1102 bereits  
ausgeführt, ist Schulpolitik eben mehr als Bildungspolitik. Schul- und Bildungspolitik  
sind Teil der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik eines Landes. Nur mit sehr gut aus-  
gebildeten Menschen kann ein Land die Freiheit des einzelnen und des Gemeinwe-  
35 sens, seinen Wohlstand und die demokratischen Errungenschaften schaffen, sichern  
und erhalten.

Wenn trotz der bedrohlichen Mangelzustände im Schul- und Bildungswesen die bis-  
herige parlamentarische Befassung zu keiner Verbesserung der Situation geführt hat,  
so lag das bisher immer daran, dass man sich vor einer tiefgreifenden und ehrlichen  
40 Bestandsaufnahme der tatsächlichen Misere im Bildungswesen gescheut und die Aus-  
wirkungen der zurückliegenden schulpolitischen Entscheidungen nicht in die Ursa-  
chenanalyse miteinbezogen hat. Die in den jeweiligen Anträgen vorgebrachten Vor-  
schläge zum Abbau des Lehrkräftemangels nahmen lediglich kurzfristige Entlastungs-  
möglichkeiten in den Blick wie den vermehrten Einsatz multiprofessionaler Teams,  
45 die Ausweitung des Einsatzes von Seiteneinsteigern, die Hinzuziehung von Personen  
anderer Professionen für den Schuldienst oder die großzügigere Anerkennung aus-  
ländischer Abschlüsse für den Einsatz im Schulbetrieb. Lediglich im Antrag der CDU  
– Bündnis90/Die Grünen findet sich als weiterreichende und das Problem grundsätz-  
lich anzugehende Idee, „zusätzliche Ressourcen durch Veränderungen in der Lehr-  
50 kräfteausbildung (zu) gewinnen.“

Insofern unterscheidet sich der vorliegende Antrag wenigstens partiell von den bishe-  
rigen Anträgen zum selben Sachverhalt. In seinem Forderungsteil fordert der Antrag  
die Landesregierung auf, „sich ein umfassendes Bild zu machen, aus welchen Grün-  
den der Lehrerberuf für viele Menschen offenbar nicht mehr leistbar ist oder gar erst  
55 ergriffen wird...“. Auch die dann angeführten Spezifizierungen der verlangten Unter-  
suchung lenken den Blick auf wichtige Details, um die Weigerung vieler junger Men-  
schen zu verstehen, einen ehemals attraktiven Beruf zu ergreifen. Zu dieser Forderung  
gehört auch die Forderung, „sich ein umfassendes Bild über notwendige Veränderun-  
gen bei den Arbeitsbedingungen zu machen, um diese zeitgemäßer zu gestalten...“.

60 Anzumerken wäre hier aber bereits, dass es nicht darum gehen kann, Arbeitsbedin-  
gungen „zeitgemäßer“ zu gestalten, sondern dass es darum gehen muss, endlich wie-  
der eine zweckgerichtete, zielorientierte und menschenfreundliche Gestaltung des Un-  
terrichts und des Schulalltags zu ermöglichen.

Darauf bezogen gibt es bereits seit langer Zeit zahllose Wortmeldungen aus der Wis-  
65 senschaft und von den Betroffenen.<sup>3</sup> Die augenblickliche Misere in der deutschen Bil-  
dungslandschaft muss endlich auch vor dem Hintergrund zurückliegender schulpoli-  
tischer Entscheidungen und geänderter pädagogisch-didaktischer Ausrichtung von  
Unterricht betrachtet werden. Kurz gesagt kann man aufgrund des bisherigen For-  
schungs- und Wissenstands bereits feststellen, dass die Vorstellungen des sogenann-  
70 ten gemeinsamen Lernens mit hyperheterogenen Lerngruppen, die Favorisierung des  
sogenannten offenen Unterrichts, in dem die Beziehung zum Lehrer möglichst mini-  
miert werden soll, die Erziehungsvorbehalte seitens der Lehrerschaft sowie der ra-  
sante Zuzug von einer hohen Zahl an Schülern ohne oder mit nur geringen Deutsch-  
kenntnissen zu solch gravierenden Misserfolgzuständen in den einzelnen Lerngrup-  
75 pen führen, dass eben eine Vielzahl an Lehrkräften die Sinnhaftigkeit ihres Tuns nicht  
mehr erkennen und die Nervenbelastung einfach nicht mehr ertragen. Der Lehrberuf  
ist aufgrund der Politik der offenen Grenzen und aufgrund einer zum Teil unlös-  
baren Aufgabenübertragung auf die Lehrer<sup>4</sup> durch schulpolitische Entscheidungen in  
den letzten 40 Jahren höchst unattraktiv geworden. In meiner Stellungnahme 18/365  
80 habe ich mich zu diesem Sachverhalt bereits umfassend geäußert. Es bleibt also zu  
hoffen, dass die im FDP-Antrag aufgestellte Forderung nach einer gründlichen Ursa-  
chenanalyse für die geringe Bereitschaft junger Menschen, den Lehrerberuf zu ergrei-  
fen, oder für die Entscheidung, aus dem Lehrerberuf auszusteigen, zu einer tatsäch-  
lich faktenbasierten Erkenntnis führt.

85 Die Forderung nach einer Ausweitung von Stellen für Schulassistenten und weiteres  
unterstützendes Personal kann tatsächlich hilfreich sein für eine kurzfristige Entlas-  
tung der Lehrkräfte und sollte deshalb auch umgesetzt werden.

---

<sup>3</sup> Beispielhaft seien nur wenige davon angeführt: *Matthias Burchardt, Jochen Krautz*, „Neue Lernkultur“ im Musterlände, in: FAZ Nr. 107, 10. Mai 2013, S. 7; *Heike Schmoll*, Studie zur Gemeinschaftsschule Schwäbisches Himmelfahrtskommando, in: FAZ vom 16.08.2015; *Hartmut Esser, Julian Seuring*, Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsun-  
gleichheit, in: Zeitschrift für Soziologie, 49 (2020) S. 277-301; *John Hattie*, „Visible Learning– Lernen sichtbar machen“ ; Visible  
Learning – Die Fortsetzung zur Hattie-Studie 2023; <https://visible-learning.org/de/2023/01/>; *Rainer Dollase*, Wie wird die schönste  
pädagogische Vision Wirklichkeit? Grenzen und Möglichkeiten der Inklusion in: [https://bildung-wissen.eu/wp-content/uplo-  
ads/2014/09/Dollase\\_Inklusion.pdf](https://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2014/09/Dollase_Inklusion.pdf); [https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/plus233827164/Lehrer-Mangel-trotz-Topgehalt-Wa-  
rum-ist-der-Beruf-so-unattraktiv.html](https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/plus233827164/Lehrer-Mangel-trotz-Topgehalt-Wa-<br/>rum-ist-der-Beruf-so-unattraktiv.html); Bernd Ahrbeck, Gemeinsamkeit um jeden Preis, FAZ Nr.95 von Donnerstag, 24. April 2014,  
S. 6

<sup>4</sup> Letztlich sollen sie so etwas leisten wie die „Quadratur des Kreises“

Der Antragsteller hätte es aber bei diesen Forderungen belassen sollen. Denn die übrigen Forderungen greifen zum Teil Überlegungen auf, wie sie in den zurückliegenden  
90 Jahren immer mal wieder modisch waren.

Da ist zum einen die Forderung nach „kritischer Überprüfung der Lehrpläne hinsichtlich möglicher Entschlackung“. Zum einen sind in allen Schulformen die Lehrpläne in den letzten Jahren bereits mehrfach in den Blick genommen und aufgrund ihrer Ausrichtung auf eine Kompetenzorientierung zum Teil neu geschrieben worden. In Zusammenhang mit dieser Neufassung sind zum anderen wegen der geringen Zahl an  
95 vorgesehenen Unterrichtsstunden in den einzelnen Fächern die Inhalte sowieso bereits auf das Notwendigste reduziert worden. Zum dritten wird die „Entschlackungsidee“ einfach der Aufgabe von Schule nicht gerecht, die eben gerade nicht einfach nur „Gebrauchswissen“ schnell vermitteln, sondern die jungen Menschen auch in Wissensbereiche einführen soll, die rein um ihrer Erkenntnis willen für sich einen hohen Wert besitzen.

Die Forderung nach angemessenen Einstiegsgehältern für Seiteneinsteiger sowie nach angemessener Vergütung von Vertretungslehrkräften ist wohlfeil. Hier können nicht einfach die besoldungsrechtlichen Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Und  
105 Vertretungslehrkräfte mit dem zweiten Staatsexamen werden auch heute bereits besoldet wie angestellte Stammllehrkräfte. Insofern sind auch diese Forderungen nicht praxistauglich bzw. überflüssig.

Besonders modisch war seinerzeit die Forderung nach einer Übertragung von Unternehmenskultur auf die Schulen und nach einer Stärkung der Schulautonomie. In den  
110 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hielt die Vorstellung in die schulpolitische Diskussion Einzug, Schulen müssten wie Unternehmen geführt werden und Schulleiter quasi wie Manager eines Betriebes agieren. Nichts davon hat sich bewährt, wo es denn ansatzweise Umsetzungsversuche dieser Idee gegeben hat.

Eine Schule ist völlig anders als ein Unternehmen eben nicht auf Gewinn ausgerichtet, sondern darauf, mit Hilfe gemeinsamer Anstrengung und Arbeit von Lehrern und Schülern Wirklichkeit rational zu erfassen, Verstehensprozesse zu initiieren und zu durchschreiten, Sinnerfassung anzustreben und eben dabei das dazu notwendige Wissen und Können zu erwerben sowie alle dazugehörigen und notwendigen Kulturtechniken und Arbeits- sowie Aneignungsmethoden zu erlernen und anzuwenden.

Das erfolgreiche Ergebnis kann man dann auch als „Gewinn“ bezeichnen. Der Prozess jedoch, der diesen „Gewinn“ erzeugt, unterscheidet sich fundamental von Fertigungsprozessen in Unternehmen oder von Dienstleistungen in Behörden oder anderen In-

stitutionen. Er ist nämlich geprägt durch die gemeinsame geistige Arbeit und die Anstrengungsbemühungen aller Beteiligten in diesem Prozess, deren Einsatz in enger Korrelation zueinander steht. Der Schüler ist eben nicht Kunde, sondern in gleicher, im Grunde sogar in bedeutsamerer Weise Mitwirkender in diesem Prozess. Und deshalb muss gerade auch die Leitungsfunktion des Schulleiters, der Schulleiterin in erster Linie eine pädagogisch-fachliche sein, welche die menschliche und unterrichtspraktische Dimension der in der Schule ablaufenden Arbeits- und Lernprozesse mit Hilfe des Kollegiums, aber eben hauptverantwortlich steuert. Diese Steuerung kann nur dadurch erfolgen, dass sich der Schulleiter, die Schulleiterin selbst persönlich pädagogisch und fachlich in diesen Prozess einbringt. Ein Schulleiter, der quasi wie ein Manger aus seiner Amtsstube heraus diesen in der Schule ablaufenden Prozess abstrakt steuern möchte, würde seiner Aufgabe nicht gerecht, weil er eben als Persönlichkeit mit fachlich-pädagogischer Reputation nicht in Erscheinung tritt. Nur letztere verleiht ihm die nötige Autorität, die ihn den schulischen Prozess mit der nötigen Umsicht und Durchsetzungskraft steuern lässt. Darin liegt die Freiheit des Schulleiters, der Schulleiterin, nicht etwa in eigenen finanziellen Mitteln, die er auch noch zu verwalten hätte. Dass letzteres eher zu einer zusätzlichen Belastung führen würde, impliziert die Forderung im Antrag, dem Schulleiter einen administrativen Leiter an die Seite zu stellen. Hier verkennt der Antragsteller, dass alle Entscheidungen, auch administrativer Art, im schulischen Bereich direkt den pädagogisch-unterrichtlichen Belangen zugeordnet sind. Eine Aufteilung der Schulleitung in zwei Entscheidungsträger wird deshalb den Erfordernissen eines effizienten Schulleitungshandelns nicht gerecht, sondern hemmt eher den Fluss der Entscheidungsprozesse. Die Freiheit des Schulleitungshandelns wird dadurch gewährleistet, dass sich die Schulleitung ganz ihrer pädagogisch-fachlichen Leitungsaufgabe widmen kann und bei Ausstattungs- oder Personalfrage auf die Unterstützungsbüros<sup>5</sup> der Schulabteilungen von Kommunen und von den Bezirksregierungen zurückgreifen kann. Dort ist der Apparat angesiedelt, der den Einsatz von Finanzen und von Personal rechtlich einwandfrei regeln kann. Diese Arbeitsteilung zwischen Schulleitung und Kommunal- wie Landesbehörden hat sich bewährt und bewahrt die Schulleitung vor finanziellen und rechtlichen Fehlentscheidungen. Die im Antrag formulierte Unterstützungsfunktion eines „administrativen Leiters“ wird also bereits jetzt schon effektiver von den außerschulischen Kommunal- und Landesbehörden geleistet.

---

<sup>5</sup> (im neudeutschen Slang auch „back office“ genannt)

Unterstützung bei seiner Forderung, die Gründe für die Unattraktivität des Lehrberufes für viele junge Menschen zu ergründen. Er bringt damit die Forderungen der Ministerin Feller in die parlamentarische Beratung ein, die diese angesichts des katastrophalen Ergebnisses des letzten IQB-Bildungstrends aufgestellt hatte.

160  
165 *„Doch aufgrund der weiterhin schlechten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen gehört für mich noch einmal alles auf den Prüfstand. Wir brauchen einen grundlegenden und umfassenden Ansatz, um den negativen Trend umzukehren. ... Der Bildungstrend legt die Schwachstellen unseres Schulsystems schonungslos offen. Den Ergebnissen müssen wir uns stellen und uns fragen, was wir alle gemeinsam besser machen müssen.“<sup>6</sup>*

Auch wenn sich die Ministerin in ihrem Statement auf die Lernleistungen der Schüler bezieht, so verweist die Erkenntnis, dass der IQB-Bildungstrend die „Schwachstellen unseres Schulsystems schonungslos offen(legt)“, doch auch implizit auf eine mögliche Ursache für die Unattraktivität des Lehrerberufes hin.

170



---

<sup>6</sup> <https://www.schulministerium.nrw/presse/pressemitteilungen/ministerin-feller-ergebnisse-sind-ein-alarmsignal-17-10-2022>